

Menschen und über die Eignung für bestimmte Aufgaben aus der Bewährung heraus zu überzeugen, sollte man auf besondere Prüfungen verzichten. Dies sei aber lediglich seine persönliche Meinung, die er glaube vorbringen zu sollen.

Zusammenfassend sei er der Überzeugung, daß man nur aus eigener Kraft wieder in die Höhe steigen könne, daß man sich immer entschlossen zeigen müsse, die härtesten und größten Opfer für das große Ganze zu bringen. Dem deutschen Volke werde es bei seinen vorzüglichen Eigenschaften gelingen, seine Stellung in der Welt wieder zu erhalten.

Der Vorsitzende dankt Herrn Dr. Goerdeler besonders für seine Ausführungen und für die zum Ausdruck gebrachte Erkenntnis, daß der Buchhandel seine Eigenartigkeiten habe und daß ihm deshalb manche Maßnahmen nach der kulturellen Seite hin als bedenklich erscheinen müßten. Eine Schädigung der Verbreitung des deutschen Buches wirke sich erst in späteren Generationen aus. Dem sollte vorgebeugt werden. Wenn eine Übereinstimmung zwischen dem Vorstand und Herrn Dr. Goerdeler bestehe, so sei es darin, daß jeder sich klar sein müsse, daß er sich selbst helfen müsse, und, soweit noch Kräfte zur Verfügung stünden, seinem Nachbar helfen sollte. Deshalb unterstreiche er selbst nochmals, daß Kritik angebracht sei, wenn sie aus der Kritik am eigenen Tun entstehe.

Der Vorsitzende verweist dann auf die Schwierigkeit der Einberufung infolge der durch die Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt und die Bürgerchaftswahlen in Hamburg geschaffenen Lage.

Um solche Schwierigkeiten in Zukunft zu vermeiden, habe der Vorstand unter den Punkt Satzungsänderung die Möglichkeit einer Verschiebung des Hauptversammlungstermins beantragt.

Der Vorsitzende stellt fest, daß die Punkte 1 und 3-6 der Tagesordnung der ordentlichen Hauptversammlung, zusammengefaßt in Punkt 1 der Tagesordnung der heutigen Hauptversammlung, heute so erledigt werden, als ob die außerordentliche Hauptversammlung die ordentliche wäre.

Die Bestätigung der in der ordentlichen Hauptversammlung vorgenommenen Wahlen solle durch Zuzuf zu den Wahlen für den Vorstand und die Ausschüsse erfolgen.

Darauf wird in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1 der Tagesordnung: Besprechung und erforderlichenfalls Beschlußfassung über die auf der Tagesordnung der ordentlichen Hauptversammlung vom 24. April 1932 stehenden Punkte:

Zu Ziffer 1: Geschäftsbericht bemerkt der Vorsitzende, daß mit Rücksicht auf die Veröffentlichung des Geschäftsberichts im Börsenblatt Nr. 84 vom 12. April 1932 wörtliche Verlesung unterbleibe. Es werden lediglich die Stichworte der einzelnen Abschnitte aufgerufen.

Diesem Vorschlag wird nicht widersprochen.

Zum Punkt Lehrmittelverlag führt Herr Dr. Döring aus, daß es keine Sparte des deutschen Buchhandels gebe, die so hart von den Sparmaßnahmen betroffen sei, wie das Lehrmittelgewerbe. Im August 1931 seien fast in allen Ländern die Etats für die Anschaffung von Lehrmitteln nahezu gänzlich gestrichen worden, was ein fast völliges Erliegen des Lehrmittelhandels zur Folge habe. Drei Viertel der Lehrmittelhandlungen hätten bereits ihre Zahlungen einstellen müssen. Der Lehrmittelumsatz sei gegenüber normalen Zeiten auf 30% gesunken. Davon entfielen heute noch etwa 18% auf das Ausland und 12% auf das Inland; darin seien noch die Umsätze der Großhändler nach dem Ausland enthalten, sodaß für den reinen Inlandabsatz nur etwa 5% blieben. Infolge Streichung der notwendigen Mittel seien die Schulen nicht in der Lage, Lehrmittel anzuschaffen oder Reparaturen und Ergänzungen vorzunehmen. Die Sparmaßnahmen würden in engherzigster Weise durchgeführt. Z. B. würden in einigen Orten der Stromersparnis wegen die Lichtbildapparate nicht benutzt. Auch in Notzeiten wie den heutigen ließe es sich nicht verantworten, wenn nach Karten unterrichtet würde, die zum Teil noch aus dem vorigen Jahrhundert stammten. Herr Dr. Döring weist auf die Stellungnahme der Schweizer Nationalzeitung zu den schädigenden Auswirkungen der Sparmaßnahmen hin. Er appelliert, allenthalben darauf hinzuwirken, um dem unwürdigen Zustand der Sperrung und Streichung der Lehrmitteleats ein Ende zu bereiten.

Am Schluß des Wirtschaftsberichts richtet der Vorsitzende an die Verleger den Appell, sich nicht abhalten zu lassen, in den Gebieten, in denen die deutsche Sprache noch von Bedeutung sei, trotz aller Schwierigkeiten den Verbreitern jegliche Möglichkeit zur Weiterarbeit zu geben. Es gäbe eine ganze Reihe von Verlegern, die durchaus in der Lage und bereit wären, in diesem Sinne zu handeln, aber die Leiter ihrer Auslieferungsabteilungen seien anscheinend noch nicht entsprechend instruiert.

Zum Punkt Maßnahmen gegen den Abbau der Kulturretats betont der Vorsitzende, daß tatsächlich an Verschiedenem verkehrt gespart werde insofern, als man lediglich am Sachetat spare, aber im Personaletat nicht immer das getan habe, was unter den heutigen Verhältnissen notwendig wäre. Das veranlasse zu folgender Resolution:

Die Hauptversammlung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler am Sonntag Rogate 1932 zu Leipzig stellt mit ernster Sorge fest, daß die Sparmaßnahmen der Behörden auf kulturpolitischem Gebiete nicht nur den deutschen Buchhandel, sondern vor allen Dingen das deutsche Geistesleben in verhängnisvoller Weise schädigen und auf die Dauer völlig zu zerstören drohen.

Die Hauptversammlung vermißt bei diesen oft grob schematischen Sparmaßnahmen die erforderliche Rücksicht auf die deutsche Wissenschaft, das deutsche Schrifttum und den deutschen Buchhandel, der die Ergebnisse von Wissenschaft und Schrifttum zu betreuen hat.

Die Hauptversammlung richtet an alle behördlichen Stellen die dringende Mahnung, bei den Entscheidungen über den Abbau geistiger Werte ernster und vorsichtiger als bisher zu prüfen, welche Kulturgüter auf dem Spiele stehen, die, wenn sie einmal vernichtet sind, sich vielleicht in jahrzehntelanger Arbeit nicht wieder ersetzen lassen.

Die Entschließung wird einstimmig angenommen.

Vor der Weiterberatung des Geschäftsberichts begrüßt der Vorsitzende noch Herrn Geheimrat Michael vom Sächsischen Wirtschaftsministerium.

Zum Punkt Unlauterer Wettbewerb führt Herr Hermann Hillger-Berlin aus, welche schädlichen Auswirkungen die Einheitspreisgeschäfte haben. Die Regierung und die Wirtschaft habe das größte Interesse daran, den Mittelstand leistungsfähig zu erhalten, was nur möglich sei, wenn man derartige Erscheinungen in der schärfsten Form bekämpfe.

Zum Punkt Wettbewerb der öffentlichen Hand weist Herr Hillger darauf hin, daß es heute immer noch über 300 behördliche Druckereibetriebe gäbe, die ursprünglich nur für Herstellung ganz spezieller Drucksachen für die Behörden bestimmt waren, sich jedoch zu reinen Konkurrenzen der privatwirtschaftlichen Betriebe entwickelt hätten. Er habe im letzten Jahre 45 Fälle des Wettbewerbs der öffentlichen Hand bearbeitet, die zum Teil durch Verhandlungen beigelegt werden konnten; zum Teil begegne man aber völliger Verständnislosigkeit der Behörden. Er bittet den Preiskommissar, sich dieser Dinge anzunehmen. Mit allen Kräften und mit jedem erlaubten Mittel müsse dahin gewirkt werden, die öffentliche Hand von eigengewerblichen Betrieben abzubringen.